



KERSTIN GEIS

MITGLIED DES HESSISCHEN LANDTAGS

KERSTIN GEIS, MdL SCHLOSSPLATZ 1 - 3 65183 WIESBADEN

Kreiseltererbeirat Groß-Gerau
Simon Hannemann
Michael Rossmüller
Wilhelm-Seipp-Straße 4
64521 Groß-Gerau

24.06.2015

Ihr Offener Brief zu den geplanten Kürzungen an Hessischen Grundschulen und gymnasialen Oberstufen ab dem Schuljahr 2015/2016

Sehr geehrter Herr Hannemann, sehr geehrter Herr Rossmüller,

vielen Dank für die Zusendung Ihres Schreibens vom 23. Juni 2015 zur Verschlechterung der Lehrerzuweisung im Bereich der Grundschulen und in der gymnasialen Oberstufe. Ich darf Ihr Schreiben auch im Namen des Kollegen Gerald Kummer beantworten.

Die SPD-Fraktion im Hessischen Landtag teilt Ihre Kritik an den Stellenkürzungen. Wir haben direkt nachdem wir Kenntnis davon erhalten haben, eine Kleine Anfrage betreffend Streichungen in der gymnasialen Oberstufe, in den Landtag eingebracht, um das Ausmaß der Kürzungen festzustellen und die Gründe zu erfragen. Eine weitere Kleine Anfrage zu den Streichungen im Bereich der Grundschulen ist eingebracht, aber noch nicht beantwortet. Ich reiche Sie Ihnen aber gerne nach.

Auch wenn wir den Ausbau der Ganztagsschulangebote wie auch die Aufstockungen beim inklusiven Unterricht, den Deutschfördermaßnahmen und dem Sozialindex begrüßen, sind wir dagegen, dass man Schulen untereinander „ausspielt“ und Verbesserungen auf der einen Seite mit Verschlechterungen auf der anderen Seite erreichen will. Wenn es Verbesserungen der personellen Ressourcen an den Schulen geben soll, dann müssen es eben wirklich zusätzliche Stellen sein, die eben nicht auf Kosten von anderen Schulen bzw. zu Lasten der Oberstufen gehen dürfen. Mit dem nun geplanten Stellenabbau wird die Akzeptanz für diese wichtigen Projekte bei Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrkräften nicht gefördert und die Unruhe und Unzufriedenheit an den Schulen nimmt zu.

65183 Wiesbaden
Schlossplatz 1 – 3

Telefon: 0611 350650
Telefax: 0611 3501650
Mobil: 016099144356

E-Mail: k.geis@ltg.hessen.de
www.hessischer-landtag.de

Wahlkreisbüro
Im Antsee 18
64521 Groß-Gerau

Telefon: 06152 54063
Telefax: 06152 718562

E-Mail: info@kerstin-geis.de
www.kerstin-geis.de

Wir kritisieren auch, dass die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen immer wieder damit werben, dass an allen Schulen eine Unterrichtsversorgung von 104- bzw. 105-Prozent erreicht sei, aber durch das Spardiktat die Versorgung im Bereich von Grundschulen, beruflichen Gymnasien und Oberstufen definitiv unter 100 Prozent sinken wird. Im Interesse der Lehrerinnen und Lehrer haben wir die Landesregierung im Landtag mehrfach aufgefordert, dringend in einen Dialog mit den Betroffenen zu treten und nicht immer nur auf den Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung hinzuweisen.

Zu Ihrer Information füge ich Ihnen zwei Pressemitteilungen meiner Fraktion zu diesem Thema sowie die Antwort der Landesregierung auf die oben erwähnte Kleine Anfrage (19/1931) an.

Gerne stehe ich Ihnen auch für Gespräche zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Kerstin Geis, MdL

Anlagen



HESSISCHER LANDTAG

29. 05. 2015

Kleine Anfrage

der Abg. Degen und Gremmels (SPD) vom 30.04.2015

betreffend Stellenstreichungen in der gymnasialen Oberstufe

und

Antwort

des Kultusministers

Vorbemerkung der Fragesteller:

Zum Schuljahr 2015/2016 plant die Landesregierung einen Stellenabbau im Bereich der gymnasialen Oberstufe. Indem der schülerbezogene Zuweisungsfaktor für Oberstufen von 1,73745 Wochenstunden pro Schüler auf 1,66020 bzw. 1,60165 abgesenkt werden soll, erhalten insbesondere Oberstufengymnasien bei gleichbleibender Schülerzahl eine deutlich abgesenkte Stellenzuweisung im Vergleich zum derzeit laufenden Schuljahr.

Vorbemerkung des Kultusministers:

Wie bereits in der Antwort zu der Kleinen Anfrage Drucksache 19/1753 ausgeführt, genießt die Ausstattung der Schulen mit ausreichenden personellen Ressourcen bei der Hessischen Landesregierung einen besonders hohen Stellenwert. Der Bereich der Lehrerstellen ist der einzige innerhalb der Landesverwaltung, der in dieser Legislaturperiode vollständig von Kürzungen ausgenommen ist.

Gleichwohl müssen hinsichtlich der Verteilung der Stellen Prioritäten gesetzt werden, um die großen Herausforderungen für die hessischen Schulen in den kommenden Jahren zu meistern. Vier Schwerpunktbereiche für eine zusätzliche Ausstattung mit personellen Ressourcen sind dafür definiert worden: Die Ausweitung des Ganztags, die Förderung der inklusiven Beschulung, der erforderliche Ausbau von Intensivmaßnahmen zur Integration von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund sowie die Erhöhung der sozial indizierten Zuweisung werden schulformübergreifend viele hessische Schulen unterstützen und zur Entwicklung eines den aktuellen Herausforderungen entsprechenden Unterrichts- und Betreuungsangebots beitragen.

Stellenressourcen, die hierfür benötigt werden, müssen - da die demografische Rendite allein dafür nicht ausreichen wird - aus anderen Bereichen umgelenkt werden. Dies erfordert eine besonders effiziente und gerechte Verteilung der begrenzten Ressourcen. Das Hessische Kultusministerium hat sich für eine behutsame Umlenkung von Stellenressourcen über mehrere Jahre entschieden.

Die Änderung bei der Zuweisung im Bereich der gymnasialen Oberstufe wurde sehr sorgfältig unter dem Aspekt der Bildungsgerechtigkeit untersucht.

Im Bereich der gymnasialen Oberstufe wurde beim Schülerfaktor bisher nicht zwischen der Einführungsphase und den Qualifikationsphasen differenziert. Mit dem Schuljahr 2015/16 beginnt daher in diesem Bereich die Einführung differenzierter Schülerfaktoren. Vor dem Hintergrund der aktuellen bildungspolitischen Herausforderungen wurde in diesem Zusammenhang der bisherige Schülerfaktor in Höhe von 1,73745 geschmälert.

Diese Vorbemerkungen vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

- Frage 1. Entspricht der derzeitige Schülerfaktor in Wochenstunden von 1,73745 der 104-prozentigen Lehrerversorgung?
- Frage 2. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass die geplante Neuregelung des Schülerfaktors zu einer Absenkung der Lehrerversorgung in der gymnasialen Oberstufe auf 99,4 bzw. 95,9 Prozent darstellt?
- Frage 3. Wie gedenkt die Landesregierung eine solche Absenkung mit ihrem öffentlich proklamierten Ziel einer 104-prozentigen Lehrerverzweigung in Einklang zu bringen?

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1, 2 und 3 zusammenfassend wie folgt beantwortet:

Die Zuweisung in der gymnasialen Oberstufe stellt die Lehrerversorgung zur Deckung des Grundunterrichts (100 Prozent) dar. Der Zuschlag von 4 Prozent bei nicht selbstständigen Schulen bzw. 5 Prozent bei selbstständigen Schulen erfolgt stets auf die berechnete Grundunterrichtsversorgung.

- Frage 4. Mit welchen durchschnittlichen Stellenverlusten ist an Oberstufengymnasien zu rechnen mit
- bis zu 180 Schülerinnen und Schülern,
 - 181 bis 360 Schülerinnen und Schülern,
 - 361 bis 720 Schülerinnen und Schülern,
 - mehr als 720 Schülerinnen und Schülern?

Die Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Einführungs- und Qualifikationsphase ist unterschiedlich. Gegenwärtig gehen wir von 36 Prozent der Schülerinnen und Schüler einer gymnasialen Oberstufe in der Einführungsphase, 33 Prozent in Q1/Q2 und 31 Prozent in Q3/Q4 aus.

Damit ergeben sich:

	Anzahl der Schulen	Stellenverluste Minimum	Stellenverluste Maximum
Bis zu 180 Schülerinnen und Schüler	0		0,69
181 bis zu 360 Schülerinnen und Schüler	3	0,69	1,38
361 bis 720 Schülerinnen und Schüler	14	1,38	2,76
Mehr als 720 Schülerinnen und Schüler	3	2,76	3,92

- Frage 5. Teilt die Landesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass mit der geplanten Absenkung des Schülerfaktors das Kursangebot an Oberstufen künftig weniger Wahlmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler bieten wird, da die Mindestschülerzahl zum Zustandekommen eines Kurses von den Schulen voraussichtlich angehoben werden muss?

Die durchschnittlichen Kursstärken in der gymnasialen Oberstufe, die im Vergleich sehr niedrig liegen, rechtfertigen die Reduzierung des Oberstufenfaktors. In der Qualifikationsphase stellt der neue Faktor rechnerisch eine Erhöhung der Kursgröße um nur ca. eine Schülerin oder einen Schüler dar.

	Einführungsphase	Grundkurse Q1-Q4	Leistungskurse Q1 - Q4
Momentane Durchschnittsschülerzahl in Klasse/Kurs	19,6	18,9	16,8
Neue Durchschnittszahl	21,2	19,9	17,8

Wiesbaden, 22. Mai 2015

Prof. Dr. Ralph Alexander Lorz

Pressemitteilung, 11. Mai 2015

Lehrerstellen

Christoph Degen (SPD): Plant die Landesregierung eine drastische Kürzung der Lehrerversorgung an Oberstufen?

Der bildungspolitische Sprecher der SPD Landtagsfraktion, Christoph Degen, hat das angekündigte neue Zuweisungsverfahren an gymnasialen Oberstufen kritisiert. „Was hier geplant ist, riecht nach Trickseriei. Faktisch wird die Lehrerversorgung an Oberstufen drastisch reduziert. Um diese Reduzierung der Grundunterrichtsversorgung zu kaschieren, werden die Stellenzuweisungen pro Schüler gekürzt. Die Landesregierung scheint auf dem besten Wege zu sein, ihr Versprechen keine Stellen zu streichen, zu brechen“, sagte der SPD-Politiker am Montag in Wiesbaden.

Laut einer Mitteilung des Kultusministeriums plane die Landesregierung zum Schuljahr 2015/2016 einen Stellenabbau an Oberstufen. Indem der schülerbezogene Zuweisungsfaktor an Oberstufen von 1,73745 Wochenstunden pro Schüler auf 1,66020 beziehungsweise 1,60165 abgesenkt werden solle, erhielten insbesondere Oberstufengymnasien bei gleichbleibender Schülerzahl eine deutlich abgesenkte Stellenzuweisung im Vergleich zum derzeit laufenden Schuljahr.

Die SPD-Fraktion habe bereits eine kleine Anfrage auf den Weg gebracht, um die Hintergründe und Konsequenzen zu beleuchten. „Wir befürchten eine deutliche Einschränkung des Kursangebots an gymnasialen Oberstufen, wodurch schließlich die Wahlfreiheit bei der Belegung von Kursen eingeschränkt wird“, so Christoph Degen.

Pressemitteilung, 11. Juni 2015

Schulen

Christoph Degen (SPD): Drastische Stellenkürzungen an Oberstufen bestätigt – schwarz-grüne Abkehr von der 104-prozentigen Lehrerversorgung

Der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Christoph Degen sieht sich in der Befürchtung bestätigt, dass die Landesregierung mit ihrer Ankündigung ernst macht, in den nächsten Jahren drastische Stellenkürzungen an den gymnasialen Oberstufen, den Beruflichen Gymnasien sowie den Grundschulen vorzunehmen. „Unsere Befürchtungen bewahrheiten sich. Dies geht aus der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage der SPD (Drucksache 19/1931) zu den geplanten Stelleneinsparungen hervor“, sagte Degen am Donnerstag in Wiesbaden.

Die Dramatik der Kürzungen zeige sich am deutlichsten an den eigenständigen gymnasialen Oberstufenschulen, da diese ausschließlich aus der Oberstufe bestehen. „An größeren Oberstufenschulen ist mit einem Stellenverlust von bis zu vier Stellen zu rechnen“, so der SPD-Abgeordnete. Angesichts dieser Stellenverluste sei die Behauptung der Landesregierung, im Bereich der Lehrerstellen würden keine Kürzungen vorgenommen, eine Verbiegung der Wahrheit.

„Faktisch ist die Verteilung von Stellen nach anderen Prioritäten eine Kürzung der Lehrerversorgung von 104- beziehungsweise 105-Prozent auf unter 96 Prozent“, sagte Degen. Dies werde von CDU und Grünen allerdings dadurch getarnt, dass die Grundlage für die Berechnung der Grundunterrichtsversorgung reduziert werde. „Anstatt zu ihren Kürzungen in den gymnasialen Oberstufen zu stehen, wird mit Rechentricks einfach neu definiert wie viele Stellen 100 Prozent bedeuten“. Entsprechend reduziere sich auch der Zuschlag zur Grundunterrichtsversorgung.

„Eine drastische Reduzierung des Kursangebots an einzelnen Schulen wird die Folge sein. Da helfen auch die landesweiten Durchschnittsberechnungen der Landesregierung nicht, wonach sich die Kursgrößen um einen bis zwei Schüler erhöhen“, so der bildungspolitische Sprecher. Am Ende gehe es nicht um eine Erhöhung um einen bis zwei Schüler pro Kurs, sondern darum, dass weniger Fächer als Kurse angeboten werden können und die Wahlfreiheit massiv eingeschränkt werde.

Zudem sei es falsch, einzelne Schulen gegeneinander auszuspielen, indem Oberstufen, Beruflichen Gymnasien und Grundschulen suggeriert werde, sie müssten einen Beitrag zum Ausbau von Ganztagschulen, der inklusiven Beschulung sowie zur Förderung von Flüchtlingen leisten. Den leisteten die Schulen ohnehin schon und in einem erheblichen Ausmaß. „So wird die Akzeptanz für diese durchaus wichtigen Projekte in der Elternschaft, Schülerschaft und unter den Lehrkräften nicht gefördert“, so Degen.